

Großer Sprung nach vorne

Volker Beck im Gespräch über Eingetragene Lebenspartnerschaften und Schwulen- und Lesbenpolitik

Seit dem 1. August 2001 können schwule wie lesbische Paare eine Eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen. Sie haben das Gesetz an vorderster Front durchgeboxt. Stolz und glücklich?

Ja klar. Wir haben einen großen Sprung nach vorne gemacht. Bislang galten gleichgeschlechtliche Lebenspartner vor dem Gesetz als Fremde, selbst wenn sie jahrzehntelang zusammengelebt hatten. Mit diesem Unsinn ist es jetzt Schluss. Das Gesetz sendet eine klare Botschaft, Schwule und Lesben nicht mehr als „Problemfälle“, anzusehen, sondern als selbstverständlichen Teil gesellschaftlicher Normalität. Es gibt noch keine zehn Staaten auf unserem Globus, die homosexuelle Paare amtlich anerkennen. Nach traditionell freiheitlich orientierten Ländern wie Dänemark oder den Niederlanden gehört jetzt auch das gesellschaftspolitisch oft recht träge Deutschland zu diesem Club. Das ist schon eine kleine Kulturrevolution.

Wie lange hat es gebraucht, bis das Gesetz aus dem Stadium der Idee heraus und ins Gesetzblatt hinein fand?

1989 habe ich zusammen mit zwei Weggefährten die Debatte losgetreten. Bald darauf starteten die Grünen die erste Initiative im Bundestag. Damals hat man uns noch angefeindet und ausgelacht. Heute sagt die große Mehrheit der Bevölkerung Ja zum Jawort für homosexuelle Paare. Innerhalb von gut zehn Jahren haben wir hier einen massiven Meinungsumschwung erreichen können.

Im Moment seht das Lebenspartnerschaftsgesetz aber noch beim Verfassungsgerichts auf dem Prüfstand. Wie sehen Sie die Chancen?

Ich bin sehr zuversichtlich, dass Karlsruhe seinen Segen gibt. Die Verfassungsklage der Länder Bayern, Sachsen und Thüringen ist reine Schikane. Warum soll in Deutschland verfassungswidrig sein, was in einigen unserer Nachbarländer längst allgemein akzeptiert ist? Die Eingetragene Partnerschaft baut Diskriminierung ab und stärkt Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen wollen. Das steht vollkommen im Einklang mit den Normen und Werten unserer Verfassung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man aus dem Grundgesetz eine Pflicht zur Diskriminierung von Schwulen und Lesben herauslesen kann.

Wie geht es nun weiter in der Schwulen- und Lesbenpolitik?

Es gilt, das Erreichte zu verteidigen und ausbauen. Wir haben noch viel vor. So wollen wir eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung auf den Weg bringen, insbesondere für die Arbeitswelt. In einer zweiten Runde wollen wir die Eingetragene Lebenspartnerschaft weiter anreichern, z.B. bei der Hinterbliebenenversorgung und im Steuerrecht. Ebenso möchten wir für die Anerkennung von Regenbogenfamilien sorgen: In vielen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wachsen Kinder auf. Jede Ausgrenzung schlägt direkt auf die Kinder durch. Schon im Interesse des Kindeswohles ist es geboten, die rechtliche und finanzielle Diskriminierung dieser Familien zu beenden. Dazu gehört auch, das Adoptionsrecht für eingetragene Partnerschaften zu öffnen.

Werden Bündnis 90 / Die Grünen nach dem Erfolg mit der Eingetragenen Lebenspartnerschaft auch wieder ihre Ansätze für nichteheliche Lebensgemeinschaften aufgreifen?

Ein liberaler Staat schreibt Bürgerinnen und Bürgern nicht vor, wie sie ihr Leben zu gestalten haben. Viele Menschen leben ohne Trauschein zusammen. Hier kassiert der Staat gerne ab, gewährt aber kaum Rechte. Wir wollen auch die rechtliche Stellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften von Mann und Frau verbessern, ebenso von gleichgeschlechtlichen Paaren, die nicht zum Standesamt möchten. Rechte und Pflichten sollen in ein faires Verhältnis kommen.

Wie sieht es bei Volker Beck persönlich aus mit dem Standesamt? Sind sie schon „eingetragen“?

Noch nicht, aber ich bin fest versprochen. Die letzten Monate war ich im Bundestag voll eingespannt in Verhandlungsrunden zu den großen Themen Innere Sicherheit und Zuwanderung. In all dem Stress wollte ich nicht schnell mal zwischen zwei Terminen zum Standesamt laufen. Der „schönste Tag im Leben“, der soll schließlich richtig gefeiert werden.

Volker Beck ist Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen.